

2009 waren 10,2 Prozent der Ausländer arbeitslos, bei den Inländern waren es um 3,5 Prozent weniger

# Hürden auf dem Weg zur Arbeit

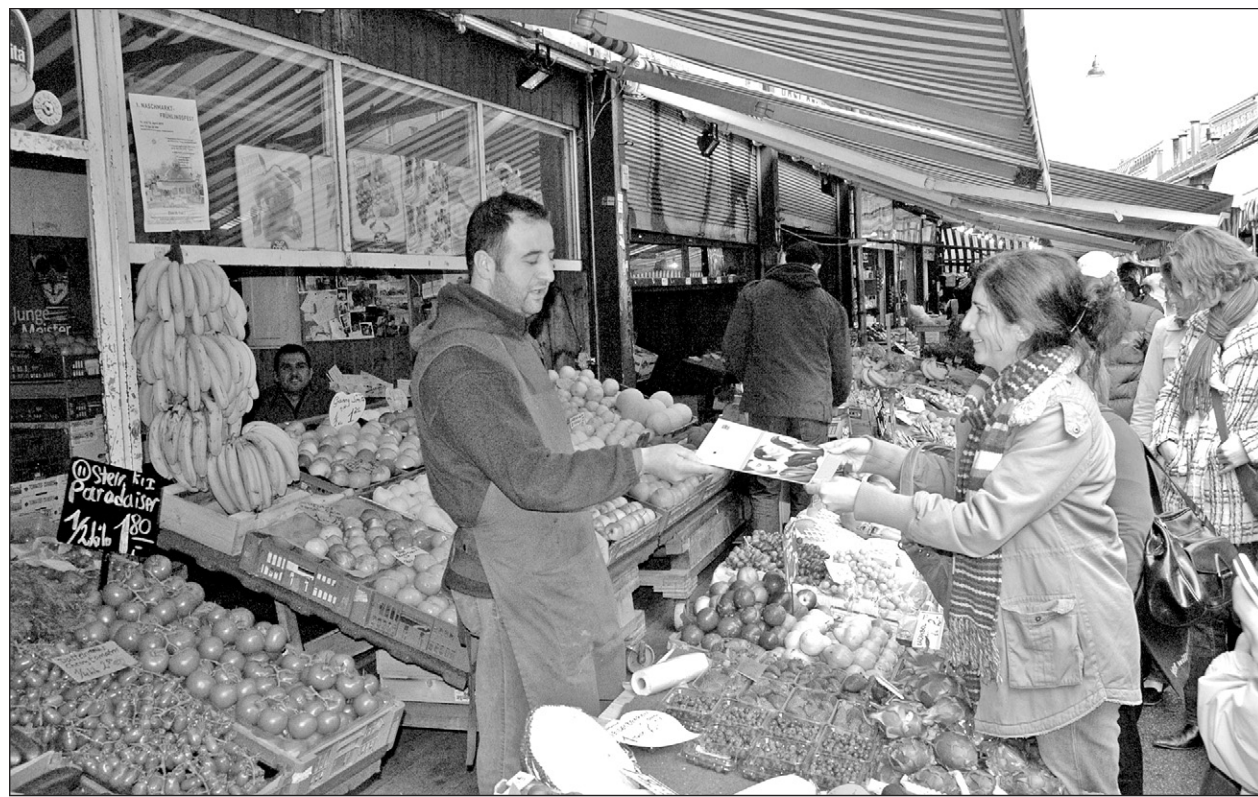
Von Stefan Beig

■ Für Experten ist die Arbeitslosigkeit eine Frage der Qualifikation.  
■ Einige Projekte sollen Migranten den Berufseinstieg zu erleichtern.

**Wien.** Um beachtliche 22,6 Prozent ist 2009 die Arbeitslosigkeit gestiegen. Deutlich stärker betroffen waren Ausländer: Hier lag die Arbeitslosenquote bei 10,2 Prozent, bei Inländern waren es 6,7 Prozent. Aktuelle Zahlen über Arbeitslose mit Migrationshintergrund fehlen, aber im Sommer 2007 kam das Arbeitsmarktservice Wien (AMS) in einer Studie zum Ergebnis, dass zwei Drittel aller als arbeitslos gemeldeten Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund stammen.

Werden Migranten diskriminiert oder sind sie im Schnitt einfach schlechter qualifiziert? Hans-Paul Nosko vom AMS sieht nicht in ethnischer Zugehörigkeit ein Manko auf dem Arbeitsmarkt: „Arbeitslosigkeit ist quer durch alle Schichten eine Frage der Qualifikation. 53 Prozent der Arbeitslosen in Wien haben entweder gerade einmal die Pflichtschule abgeschlossen oder sogar diese abgebrochen.“ Unter arbeitslosen Jugendlichen seien „die Defizite bei Deutschkenntnissen und Mathematik gleichmäßig verteilt, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund.“

„Banken und Versicherungen akquirieren mittlerweile Migranten, um diese Zielgruppe anzusprechen“, berichtet Moluksadat Homayouni, Projektleiterin von MigIn, einem vom AMS finanzierten Programm für arbeitslose Migrantinnen. „Auch die Stadt Wien, der Gesundheitsbereich, Ämter und Polizei bemühen sich um Migranten. Das Problem: Es gibt zu wenige qualifizierte Personen.“



Trainer des Wirtschaftsförderungsinstituts werben bei Migranten für neue Bildungsangebote. Foto: wifi

Ein spezifische Herausforderung seien freilich in der Heimat ausgebildete Zuwanderer, die in unterqualifizierten Jobs arbeiten: „Die Ausbildung in den Heimatländern wird oft nicht anerkannt wegen des anderen Schulsystems. Das betrifft vor allem Personen aus Ex-Jugoslawien, wo es ein völlig anderes Bildungssystem gibt.“

MigIn bietet Frauen persönliche Berufsberatung in ihrer Muttersprache – Türkisch, Serbokroatisch oder Bosnisch – an. Die Idee entstand 2007 im AMS, als Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Türkinnen und Nicht-Türkinnen die Beratung erschweren. „Jemand von derselben Ethnie kann manches besser klären“, meint Nosko. Frauen aus der Türkei oder Ex-Jugoslawien werden heute vom AMS an MigIn weitergeleitet, einige Migrantinnen gehen schon von sich aus hin, weil sich das kostenlose Zusatzangebot herumgesprochen hat.

„Über die Muttersprache kommt man schneller zum Kernproblem“, meint Projektleiterin Homayouni. „Beim AMS sind die Beratungszeiten sehr unterschiedlich, bei uns finden sie regelmäßig und individueller statt, oft wöchentlich je eine Stunde. Die Personen sind sehr ehrlich, sprechen offener über private Schwierigkeiten.“ Das einjährige kostenlose Angebot gliedert sich in drei Etappen: Beratung, Unterstützung und Coaching bei der Bewerbung und die Vermittlung am Arbeitsmarkt. „80 Prozent der Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, sind Frauenprobleme, nicht spezifische Migrantinnenprobleme“, so Homayouni. „Kinderbetreuung, fehlende Ausbildung und Selbstsicherheit, und die Schwierigkeit, sich nach langer Karenz wieder etwas zuzutrauen, sind die wichtigen Themen.“

Seher Cakir, seit kurzem Projektmitarbeiterin für Türkinnen, berichtet, dass die meisten ihrer bisherigen Kundinnen geschiede-

ne Frauen sind, darunter auch Mütter, die jahrelang nicht gearbeitet haben, bis die Kinder alt genug waren. „Den meisten fehlt eine Ausbildung. Die Deutschkenntnisse sind verschieden. Manche sprechen fließend Deutsch.“

## Zweisprachigkeit einbeziehen

Bis zum Dezember 2009 wurden 540 Frauen beraten. „290 davon bekamen zumindest einmal einen Dienstvertrag“, erzählt die Projektleiterin. Kritiker fordern, alle Beratungsgespräche sollten auf Deutsch sein. Dazu Homayouni: „Das ist teils berechtigt, aber man kann die Zweisprachigkeit nicht ausblenden. Auch bei uns ist die Kommunikationssprache Deutsch, nur gibt es die Möglichkeit, in die Muttersprache zu wechseln, die stärker mit Emotionen verbunden ist. Das AMS unterstützt uns und fragt uns, ob jemand uns etwas anderes erzählt hat als im AMS. Es wäre hilfreich, wenn es überall muttersprachliche Betreuer gibt, die einspringen können.“

Ein ganz neues Projekt für Arbeitssuchende und Unternehmer bietet das Wirtschaftsförderungsinstitut (WIFI) der Wirtschaftskammer Österreich an. „Seit April 2010 läuft der Lehrgang ‚WIP komplett‘“, berichtet Michael Landertshammer, Institutsleiter von WIFI Österreich. „Erstmals geht es für die Teilnehmer neben der Verbesserung der Deutschkenntnisse auch darum, die Integration durch praktisches Erfahrungslernen zu erleichtern. Im Modul ‚Wirtschaftssprache Deutsch‘ wird der berufsspezifische Wortschatz geübt. Im Modul ‚Interkulturelles Lernen‘ werden Inhalte zur gesellschaftlichen Integration reflektiert, wie der Umgang mit Behörden, das Bildungssystem oder Höflichkeitskonventionen. Und zuletzt wird das Gelernte durch Gespräche mit Unternehmern und Kleinprojekte gefestigt.“ Landertshammer ist überzeugt: „Integrierte Migranten verfügen zweifellos über interkulturelle Kompetenz. Dieses wertvolle Potenzial wurde bis jetzt unzureichend erschlossen.“

Freilich gebe es beim Projekt ein Problem: „Es ist vergleichsweise schwierig, Migranten über herkömmliche Informationskanäle zu erreichen. Ein seit kurzem gewählter unkonventioneller Weg ist die Kommunikation des Angebots durch migrantische Trainer, die sich für das Projekt engagieren“, so Landertshammer. Unter den Trainern befinden sich mehrere mit den Erstsprachen Türkisch und Serbisch. „Sie sind gleichzeitig auch Vorbilder für gelungene Integration“, meint der Institutsleiter. Ebenso wie Hans-Paul Nosko sieht auch Landertshammer in der „unzureichenden Qualifikation von Migranten aus bildungsfernen Schichten das Problem“: „Ausländische Namen sehe ich nicht als Hindernis – diese sind den Wienern ja gewissermaßen in die Wiege gelegt. Das Persönlichkeitsmerkmal Migrationshintergrund per se kann kein Hindernis sein.“ ■

## Interkulturalität über „Mahl-Zeit“

Von Emanuela Hanes

■ Einen zentralen Stellenwert bei Religionen hat das Essen.

**Wien.** Interkulturelles Lernen auf ungewöhnlicher Ebene bot am Sonntag die evangelische Akademie Wien im Albert-Schweizer-Haus: Eine interaktive Informationsveranstaltung über Essen und Religion ermöglichte ein Kennenlernen von Kulturen auf der „Schiene des Alltäglichen“.

Jede Religion kennt Essensgewohnheiten, im Alltag mischen sich leicht Religion und Kultur. Typisch für Praktiken wie das Kochen ist freilich ihre Feminisierung: Auch bei dieser Veranstaltung waren alle Köche weiblich. In fünf

Gruppen präsentierten sie an je einem Stand „typisches“ Essen ihrer Religion: Hinduismus, Buddhismus, Islam, Christentum und Judentum waren vertreten. Die Zuhörer bekamen die Gelegenheit, das Essen zu probieren, während sie Fragen über Essensregeln, Fastenbräuchen und Tabus stellen konnten.

Manches hängt freilich mehr von der Umgebung als von der Religion ab: So essen etwa buddhistische Tibeter Fleisch, obwohl der Buddhismus eine vegetarische Lebensweise empfiehlt: „In Tibet gibt es aber nicht genug Gemüse“, so die Köchin. Eine zufriedene Teilnehmerin meinte: „Es gibt viele Vorurteile über religiöse Regeln. Ich finde, man muss wissen, wie es wirklich läuft.“ ■

## ■ Leserbriefe

### Österreich streicht Entwicklungshilfe

Klitschnass vom strömenden Regen kam ich letzten Donnerstag zum Außenministerium. Wütend und beschämt über das Land, in dem ich lebe. Leider einige Minuten nach Feierabend, sodass niemand mehr zugegen war, um meiner Fassungslosigkeit Beachtung zu schenken.

Mehr als eine Woche ist es her, da saßen alle anbetungsvoll im Parlament und lauschten den Worten von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon. Wolfgang Schüssel und Michael Spindelegger vornan. Armutsbekämpfung, Menschenrechte, Klimawandel standen an der Spitze von Bans Agenda. Dann der Schock: Österreich reduziert seine Entwicklungshilfe um 31 Prozent, Tendenz weiter sinkend. Das erlaubt sich keine andere Industrienation.

Seit einem Jahr sind eine Milliarde Menschen permanent unterernährt. Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. Wie ein so wohlhabender Staat wie Österreich bei diesen Fakten scheinbar gleichgültig zuschaut, ist geradezu unmenschlich und abscheulich.

Zu 0,51 Prozent des BIP für Entwicklungshilfe ab 2010 hat man sich verpflichtet. Mit 0,3 Prozent ist man weit von diesem Ziel entfernt. Der UN-Generalsekretär erinnerte im Wiener Parlament an das erste Millenniumsziel, die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen bis 2015 zu halbieren. Dass Österreich so wenig zum Erreichen dieses Zieles beiträgt, ist ein Zeugnis mitmenschlicher Abgestumptheit und eine Schande für die Menschheit.

Rudolf Ansgar  
per E-Mail

### Die Grenzen des Machbaren

Über viele Dinge fühlt sich der Mensch inzwischen erhaben, und manchmal scheint es, als ginge mit dem rasanten technischen Fortschritt das Maßvolle verloren. Dann ist es an der Zeit, uns die Grenzen aufzuzeigen.

Ein Vulkan, dessen Namen bis vor kurzem wohl nur einer Minderheit ein Begriff war, legt mit seinem Ausbruch den ganzen europäischen Flugbetrieb lahm, und niemand außer der Natur selber kann die Dauer dieses Groundings beeinflussen.

Demut ist heute alles andere als ein Modewort, doch eine Prise davon würde der heutigen Gesellschaft nicht schlecht anstehen. Gerade mit Blick auf den Klimawandel und die zunehmende Umweltverschmutzung.

Pascal Merz  
CH-6210 Sursee

### „Klartext: Ein satirischer Dialog“

Zum Gastkommentar von Haimo L. Handl, 14. April:

Es charakterisiert das gegenwärtige politische Klima in Österreich, dass Humor in der Politik tief-, ja beinahe trauerschwärzlich sein muss. Und man muss jedem Intellektuellen dankbar sein, dem er der rechten Szene gegenüber noch nicht vergangen ist. Danke für das erfrischende Bitterlachen, das diese Satire beschert.

Franz Blaha  
1040 Wien

Leserbriefe werden nur dann abgedruckt, wenn sie mit vollständiger, nachvollziehbarer Adresse versehen sind. Wir können auch nur Leserbriefe berücksichtigen, bei denen Kürzungen nicht ausgeschlossen werden.